

AKW-Ausstieg: Axpo droht mit 4-Milliarden-Klage

Grünen-Chefin Regula Rytz hält Schadenersatzforderung für «leere Drohung».

VON CHRISTOF MOSER
UND OTHMAR VON MATT

Der Abstimmungskampf um die AKW-Ausstiegsinitiative der Grünen, die am 27. November an die Urne kommt, erreicht die entscheidende Phase. Erstmals wird jetzt eine konkrete Zahl bekannt, wie gross die Schadenersatzforderung sein wird, die ein Stromkonzern bei einem Ja zur Initiative an die Eidgenossenschaft richten will.

Bislang sind von AKW-Betreibern keine genauen Summen genannt worden. «Mehrere Milliarden Franken» würde der Schaden für die Axpo bei einem Ja zur Initiative betragen, sagte Axpo-Mediensprecher Ueli Walther vor drei Wochen gegenüber dieser Zeitung. Deshalb sei der Ausgang der Volksabstimmung für die Axpo «von grosser unternehmerischer und betriebswirtschaftlicher Bedeutung»: «Die Verkürzung und Fixierung der Laufzeiten würde einen Verlust an Deckungsbeiträgen bedeuten. Die Verluste wären substanziell.» Und weiter: «Der Schadenersatz müsste dann in langwierigen Verfahren erstritten werden.»

«Potenziell mehrheitsfähig»

Recherchen der «Schweiz am Sonntag» zeigen jetzt: Beim Stromkonzern wird intern eine potenzielle Schadenersatzsumme von vier Milliarden Franken genannt. «Die Grössenordnung stimmt», bestätigt Mediensprecher Antonio Somavilla. Axpo-CEO Andrew Walo will



Andrew Walo. Ardizzone

zweiflung der Initiativ-Gegner» aufblitzen: «Wer keine Argumente mehr hat, greift zu Drohungen. Die Bevölkerung wird sich davon kaum beeindruckt lassen», ist Rytz überzeugt. Zumal sie die Schadenersatzforderungen für «leere Drohungen» hält: «Die AKW-Betreiber haben mit der Liberalisierung des Strommarkts das Ende des Atomzeitalters selber eingeläutet. Die Stromproduktion mit Atomkraftwerken ist defizitär. Deshalb sollen die Steuerzahler die Rechnung übernehmen. Das wird nicht funktionieren: Wer keine Gewinne erzielt, kann auch keinen Schadenersatz einklagen.»

Bluffen die AKW-Betreiber?

Ähnlich sieht dies der Basler SP-Nationalrat und Ausstiegs-Befürworter Beat Jans. «Die AKW-Betreiber bluffen», sagt er. Zwar seien die rechtlichen Voraussetzungen für Schadenersatzforderungen gegeben, wie ein von der SP-Bundeshausfraktion in Auftrag gegebenes, bislang noch unveröffentlichtes Rechtsgutachten von Enrico Riva, emeritiertem Professor für öffentliches Recht an der Universität Basel, zeige. «Da aber gar kein Schaden entsteht, wird der Staat auch nicht zahlungspflichtig», sagt Jans. Bei den heutigen Strompreisen seien nicht einmal mehr die variablen Kosten gedeckt: «Die Deckungsbeiträge sind negativ. Mit jedem Tag, an dem die Werke weiter betrieben werden, steigt die Verschuldung» - und die Chance auf Schadenersatz sinke.

die milliardenschwere Schadenersatzforderung demnächst öffentlich kommunizieren. Damit hoffen die Kommunikationsstrategen des Stromkonzerns, den Abstimmungskampf zu ihren Gunsten beeinflussen zu können.

Derzeit liegen die AKW-Ausstiegsbefürworter in den Umfragen vorn: 57 Prozent der Stimmbürger wollen laut erster SRG-Trendumfrage, erhoben zwischen dem 3. und 14. Oktober, der grünen Ausstiegs-Initiative zustimmen. Nur 36 Prozent der Befragten sind gegen die Initiative. Die Meinungsforscher von GfS Bern halten die Initiative, welche die Laufzeiten der Schweizer Atomkraftwerke auf 45 Jahre beschränken will, für «potenziell mehrheitsfähig».

Grünen-Präsidentin Regula Rytz sieht in der angedrohten Schadenersatzforderung denn auch «die wachsende Ver-

Ständeräte wollen letzten Strohalm der EU kappen

VON LORENZ HONEGGER
UND CHRISTOF MOSER

«Es muss ihnen wehtun»: Dieser Satz fällt in diesen Tagen am EU-Sitz in Brüssel häufig. Gemeint ist der anstehende Austritt von Grossbritannien - doch auch die Schweiz bekommt das verschärfte Klima seit dem Brexit zu spüren. Aus bundesratsnahen Kreisen heisst es, der Spielraum «zum Ritzen der Personalfreizügigkeit» habe sich verkleinert.

Druckversuch abwehren

Anders beurteilen dies Mitglieder der staatspolitischen Kommission des Ständerates: Sie sehen bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative diverse Möglichkeiten für Verschärfungen - die Rede ist von einem Ausbau des Inländervorrangs light.

Gleichzeitig planen sie, der EU das letzte Druckmittel aus der Hand zu nehmen. Ihr Ziel bei der Sitzung nächste Woche ist es, die dritte Stufe des Ausführungsgesetzes zu streichen. «Diesen Strohalm, an den sich die EU klammert, müssen wir kappen», sagt Ständerat Hans Stöckli (SP/BE). Der Passus sieht vor, dass der Bundesrat Abhilfemassnahmen erlässt, wenn der Inländervorrang light ohne Wirkung bleibt. Die EU jedoch sieht darin eine mögliche Ver-

tragsverletzung, weil die Schweizer Landesregierung in eigener Regie entscheiden würde, ob sie die Massnahmen dem gemischten Ausschuss der Schweiz und der EU vorlegt. Stöckli sagt, Brüssel benutze dieses Argument als Hebel, um die Schweiz zu Verhandlungen für eine stärkere Einbindung in die Union zu drängen. Da die Abhilfemassnahmen rechtlich schon heute möglich seien, könne man sie gut streichen: «Wir brauchen sie nicht ins Ausländergesetz aufzunehmen.» Tatsächlich steht die Formulierung fast 1:1 auch im Freizügigkeitsabkommen.

FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR) sieht es ähnlich: «Jeder Jurist weiss: Wenn man etwas von einem Gesetz ins andere überträgt, passiert im besten Fall nichts, im schlechtesten Fall stiftet es Verwirrung.» Eliminieren müsse man auch die Stufe 1 des Gesetzes, die Massnahmen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials vorsieht. «Das gehört nicht in ein Gesetz.»

Geht der Plan des Ständerates auf, besteht das Ausführungsgesetz am Ende nur noch aus dem Inländervorrang light: einer Pflicht für Unternehmen, freie Stellen in Zeiten erhöhter Zuwanderung zuerst an die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zu melden, bevor sie an eine Person aus dem Ausland vergeben werden.

INSERAT

Smart EINKAUFEN

30.10. bis 20.11.2016

Nur solange Vorrat.



699.-
STATT 999.-

Eckgarnitur Brindisi

Textil, 277 x 176 x 76 cm (B x T x H), inkl. 3 Nieren- und 3 Rückenissen 001.879.8



20%
Vorteil auf das freistil Sortiment



599.-
STATT 999.-

Bettsofa Jimmy

Stoff, Liegefläche: 140 x 205 cm, inkl. 2 Kissen, Schaumstoff-Matratze und Lattenrost 001.924.8

exklusiv bei Pfister



999.-
STATT 2490.-

Tisch Leopold

Wildeiche, Massivholz (Rumänien), 230 x 100 x 75 cm (B x T x H) 002.938.5

exklusiv bei Pfister



25%
Vorteil auf das Dress-Art Sortiment



999.-
STATT 1899.-

Sideboard Leopold

Wildeiche, Massivholz (Rumänien), 230 x 100 x 75 cm (B x T x H), 002.938.6

exklusiv bei Pfister